Europäisches Parlament
2024-2029

Ausschuss für die Rechte der Frauen und die Gleichstellung der Geschlechter

2024/….(INI)

29.10.2024

ENTWURF EINER STELLUNGNAHME

des Ausschusses für die Rechte der Frauen und die Gleichstellung der Geschlechter

für den Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten

zu Menschenrechten und Demokratie in der Welt und der Politik der Europäischen Union in diesem Bereich – Jahresbericht 2024
(2024/…. (INI))

Verfasserin der Stellungnahme: Abir Al-Sahlani

ÄNDERUNGSANTRÄGE

Der Ausschuss für die Rechte der Frauen und die Gleichstellung der Geschlechter unterbreitet dem federführenden Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten folgende Änderungen:

Änderungsantrag 1

Entwurf eines Entschließungsantrags
Erwägung E

Entwurf eines Entschließungsantrags	*Änderungsantrag*
E. in der Erwägung, dass die Zunahme von Autoritarismus, Illiberalismus und Populismus die regelbasierte globale Ordnung, den Schutz und die Förderung der Menschenrechte in der Welt sowie die Werte und Grundsätze, auf die sich die EU gründet, bedroht;	E. in der Erwägung, dass die Zunahme von Autoritarismus, Illiberalismus***, Anti-Gender-Bewegungen*** und Populismus die regelbasierte globale Ordnung, den Schutz und die Förderung der Menschenrechte in der Welt sowie die Werte und Grundsätze, auf die sich die EU gründet, bedroht;

Or. en

Änderungsantrag 2

Entwurf eines Entschließungsantrags
Erwägung E a (neu)

Entwurf eines Entschließungsantrags	*Änderungsantrag*
	Ea. in der Erwägung, dass die Erklärung und die Aktionsplattform von Peking als Wendepunkt für die weltweite Agenda für die Gleichstellung der Geschlechter angesehen werden und im Jahr 2025 ihr 30-jähriges Bestehen gefeiert wird;

Or. en

Änderungsantrag 3

Entwurf eines Entschließungsantrags
Erwägung E b (neu)

Entwurf eines Entschließungsantrags	*Änderungsantrag*
	Eb. in der Erwägung, dass auf der Internationalen Konferenz über Bevölkerung und Entwicklung im Jahr 1994 in Kairo und im Rahmen der anschließenden globalen Strategie der WHO für reproduktive Gesundheit das Recht aller Menschen hervorgehoben wurde, dass die höchsten Standards im Bereich der sexuellen und reproduktiven Gesundheit und der damit verbundenen Rechte verwirklicht werden;

Or. en

Änderungsantrag 4

Entwurf eines Entschließungsantrags
Ziffer 7 a (neu)

Entwurf eines Entschließungsantrags	*Änderungsantrag*
	7a. betont, dass die Rechte der Frauen und die Gleichstellung der Geschlechter unverzichtbare und unteilbare Menschenrechte sowie eine Grundlage für Rechtsstaatlichkeit und inklusive resiliente Demokratien sind; bedauert, dass Millionen von Frauen und Mädchen nach wie vor Diskriminierung und Gewalt erfahren, insbesondere im Zusammenhang mit Konflikten, und dass sie ihrer Würde, ihrer Autonomie***, ihrer Stimme*** und sogar ihres Lebens beraubt werden; ***begrüßt den Beschluss der EU, die Laufzeit des EU-Aktionsplans für die Gleichstellung bis 2027 zu verlängern;*** fordert die EU, ihre Mitgliedstaaten und gleichgesinnte Partner auf, ihre Anstrengungen zu verstärken, um die uneingeschränkte Wahrnehmung und den Schutz der Menschenrechte von Frauen und Mädchen sicherzustellen; verurteilt auf das Schärfste die weltweit zunehmenden Angriffe auf die sexuelle und reproduktive Gesundheit und die damit

verbundenen Rechte sowie die weltweite geschlechtsspezifische Gewalt; begrüßt den Beitritt der EU zum Übereinkommen von Istanbul; fordert die EU und ihre internationalen Partner auf, ihre Bemühungen zu verstärken, um ***die Ursachen der geschlechtsspezifischen Ungleichheiten in allen Bereichen zu bekämpfen und*** dafür zu sorgen, dass Frauen ihre Menschenrechte uneingeschränkt ausüben können, sowie für eine Gleichbehandlung von Männern und Frauen zu sorgen; betont, dass die Bemühungen um die vollständige Abschaffung der Genitalverstümmelung bei Frauen und Mädchen fortgesetzt werden müssen;

Or. en

Änderungsantrag 5

Entwurf eines Entschließungsantrags
Ziffer 10

Entwurf eines Entschließungsantrags	*Änderungsantrag*
10. weist erneut auf die grundlegende Rolle hin, die das Instrument für Nachbarschaft, Entwicklungszusammenarbeit und internationale Zusammenarbeit – Europa in der Welt, einschließlich seines thematischen Programms für Menschenrechte und Demokratie, als Vorzeigeinstrument der EU bei der Förderung und dem Schutz von Menschenrechten und Demokratie in der ganzen Welt spielt; betont, dass die Zivilgesellschaft in alle relevanten außenpolitischen Aktivitäten der EU einbezogen werden muss; bekräftigt, dass es wichtig ist, sämtliche Instrumente des auswärtigen Handelns der EU an einen menschenrechtsbasierten Ansatz	10. weist erneut auf die grundlegende Rolle hin, die das Instrument für Nachbarschaft, Entwicklungszusammenarbeit und internationale Zusammenarbeit – Europa in der Welt, einschließlich seines thematischen Programms für Menschenrechte und Demokratie, als Vorzeigeinstrument der EU bei der Förderung und dem Schutz von Menschenrechten und Demokratie in der ganzen Welt spielt; betont, dass die Zivilgesellschaft in alle relevanten außenpolitischen Aktivitäten der EU einbezogen werden muss; bekräftigt, dass es wichtig ist, sämtliche Instrumente des auswärtigen Handelns der EU an einen menschenrechtsbasierten Ansatz

auszurichten; hebt die Rolle des Parlaments im Programmplanungsprozess des Instruments hervor und fordert die Kommission und den Europäischen Auswärtigen Dienst (EAD) auf, alle einschlägigen Informationen rechtzeitig weiterzugeben, damit das Parlament seine Rolle entsprechend wahrnehmen kann, insbesondere bei hochrangigen geopolitischen Dialogen mit der Kommission;

auszurichten***, der auch das Gender-Mainstreaming und die Bekämpfung der Ursachen für geschlechtsspezifische Ungleichheiten umfasst***; hebt die Rolle des Parlaments im Programmplanungsprozess des Instruments hervor und fordert die Kommission und den Europäischen Auswärtigen Dienst (EAD) auf, alle einschlägigen Informationen rechtzeitig weiterzugeben, damit das Parlament seine Rolle entsprechend wahrnehmen kann, insbesondere bei hochrangigen geopolitischen Dialogen mit der Kommission;

Or. en

Änderungsantrag 6

Entwurf eines Entschließungsantrags
Ziffer 13

Entwurf eines Entschließungsantrags	*Änderungsantrag*
13. begrüßt den zunehmenden Rückgriff auf die globale Sanktionsregelung der EU im Bereich der Menschenrechte als wichtiges politisches Instrument für die weltweite Verteidigung der Menschenrechte und der Demokratie durch die EU; stellt jedoch fest, dass der Umstand, dass derartige Sanktionen einstimmig verabschiedet werden müssen, eine Herausforderung darstellt, und fordert erneut, dass Beschlüsse über die globale Sanktionsregelung im Bereich der Menschenrechte mit qualifizierter Mehrheit verabschiedet werden können; spricht sich uneingeschränkt für die Möglichkeit aus, innerhalb des EU-Rahmens gezielte Sanktionen zur Korruptionsbekämpfung zu verhängen, was seit langem eine Priorität des Parlaments ist – sei es durch die Aufnahme in die globale Sanktionsregelung im Bereich der	13. begrüßt den zunehmenden Rückgriff auf die globale Sanktionsregelung der EU im Bereich der Menschenrechte als wichtiges politisches Instrument für die weltweite Verteidigung der Menschenrechte und der Demokratie durch die EU***, einschließlich der jüngsten Sanktionen gegen Personen, die für systematische und weitverbreitete sexuelle und geschlechtsspezifische Gewalt verantwortlich sind***; stellt jedoch fest, dass der Umstand, dass derartige Sanktionen einstimmig verabschiedet werden müssen, eine Herausforderung darstellt, und fordert erneut, dass Beschlüsse über die globale Sanktionsregelung im Bereich der Menschenrechte mit qualifizierter Mehrheit verabschiedet werden können; spricht sich uneingeschränkt für die Möglichkeit aus, innerhalb des EU-Rahmens gezielte Sanktionen zur Korruptionsbekämpfung zu

Menschenrechte oder im Rahmen einer anderen Regelung; betont, dass Sanktionen uneingeschränkt durchgesetzt werden müssen, und fordert, dass gegen die Umgehung von Sanktionen vorgegangen wird;	verhängen, was seit langem eine Priorität des Parlaments ist – sei es durch die Aufnahme in die globale Sanktionsregelung im Bereich der Menschenrechte oder im Rahmen einer anderen Regelung; betont, dass Sanktionen uneingeschränkt durchgesetzt werden müssen, und fordert, dass gegen die Umgehung von Sanktionen vorgegangen wird;

Or. en

Änderungsantrag 7

Entwurf eines Entschließungsantrags
Ziffer 14

Entwurf eines Entschließungsantrags	*Änderungsantrag*
14. bekräftigt seine Besorgnis über die zunehmenden Angriffe autoritärer und illiberaler Regime auf die demokratischen Grundsätze und Werte; betont, dass die Verteidigung und Unterstützung der Demokratie in der ganzen Welt zunehmend von geopolitischem und strategischem Interesse ist; betont, wie wichtig die Maßnahmen des Parlaments zum Aufbau von Kapazitäten in den Partnerparlamenten, zur Förderung der Mediation und zur Anregung einer Kultur des Dialogs und des Kompromisses, insbesondere unter jungen politischen Führungskräften, sowie zur Stärkung der Rolle von weiblichen Parlamentsmitgliedern, Menschenrechtsverteidigern und Vertretern der Zivilgesellschaft und unabhängiger Medien sind; fordert die Kommission erneut auf, ihre Tätigkeiten in diesen Bereichen weiterzuführen und auszuweiten, indem die Mittel und die Unterstützung für Einrichtungen, Agenturen und andere Organisationen, die	14. bekräftigt seine Besorgnis über die zunehmenden Angriffe autoritärer und illiberaler Regime auf die demokratischen Grundsätze und Werte; betont, dass die Verteidigung und Unterstützung der Demokratie in der ganzen Welt zunehmend von geopolitischem und strategischem Interesse ist; betont, wie wichtig die Maßnahmen des Parlaments zum Aufbau von Kapazitäten in den Partnerparlamenten, zur Förderung der Mediation und zur Anregung einer Kultur des Dialogs und des Kompromisses, insbesondere unter jungen politischen Führungskräften, sowie zur Stärkung der Rolle von weiblichen Parlamentsmitgliedern, Menschenrechtsverteidigern und Vertretern der Zivilgesellschaft und unabhängiger Medien sind; fordert die Kommission erneut auf, ihre Tätigkeiten in diesen Bereichen weiterzuführen und auszuweiten, indem die Mittel und die Unterstützung für Einrichtungen, Agenturen und andere Organisationen, die

Zuschüsse erhalten, aufgestockt werden; betont, dass es von entscheidender Bedeutung ist, die Zivilgesellschaft und Personen, die abweichende Ansichten äußern, unmittelbar zu unterstützen, insbesondere vor dem Hintergrund zunehmender globaler Spannungen und Repressionen in immer mehr Ländern; bekräftig die Bedeutung der Wahlbeobachtungsmissionen der EU sowie den Beitrag des Parlaments zur Entwicklung und Verbesserung der Methodik dieser Missionen; fordert eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen der Koordinierungsgruppe Demokratieförderung und Wahlen des Parlaments, den zuständigen Generaldirektionen der Kommission und dem EAD;	Zuschüsse erhalten, aufgestockt werden; betont, dass es von entscheidender Bedeutung ist, die Zivilgesellschaft und Personen, die abweichende Ansichten äußern, unmittelbar zu unterstützen, insbesondere vor dem Hintergrund zunehmender globaler Spannungen und Repressionen in immer mehr Ländern; ***weist darauf hin, dass die Finanzierung von Anti-Gender-Bewegungen innerhalb und außerhalb der EU die EU-Finanzierung für Frauenrechtsbewegungen bei Weitem übersteigt;*** bekräftig die Bedeutung der Wahlbeobachtungsmissionen der EU sowie den Beitrag des Parlaments zur Entwicklung und Verbesserung der Methodik dieser Missionen; fordert eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen der Koordinierungsgruppe Demokratieförderung und Wahlen des Parlaments, den zuständigen Generaldirektionen der Kommission und dem EAD;

Or. en

Änderungsantrag 8

Entwurf eines Entschließungsantrags
Ziffer 17

Entwurf eines Entschließungsantrags	*Änderungsantrag*
17. bekräftigt, dass eine starke internationale Zusammenarbeit auf multilateraler Ebene vonnöten ist, wenn es gilt, die Achtung, den Schutz und die Verwirklichung der Menschenrechte weltweit zu fördern; unterstreicht die besonders wichtige Rolle der Vereinten Nationen und ihrer Gremien als wichtigstes Forum, das in der Lage sein muss, die Bemühungen um Frieden und Sicherheit, nachhaltige Entwicklung und die Achtung der Menschenrechte und des Völkerrechts wirksam voranzubringen; fordert die EU	17. bekräftigt, dass eine starke internationale Zusammenarbeit auf multilateraler Ebene vonnöten ist, wenn es gilt, die Achtung, den Schutz und die Verwirklichung der Menschenrechte weltweit zu fördern; unterstreicht die besonders wichtige Rolle der Vereinten Nationen und ihrer Gremien als wichtigstes Forum, das in der Lage sein muss, die Bemühungen um Frieden und Sicherheit, nachhaltige Entwicklung und die Achtung der Menschenrechte und des Völkerrechts wirksam voranzubringen; ***weist darauf hin,***

und ihre Mitgliedstaaten auf, die Arbeit der Vereinten Nationen weiterhin sowohl politisch als auch finanziell zu unterstützen; bekräftigt, dass die EU und ihre Mitgliedstaaten bei den Vereinten Nationen und in anderen multilateralen Foren mit einer Stimme sprechen müssen; fordert, dass die EU-Delegationen in den multilateralen Foren eine tragendere Rolle spielen, wofür ihnen angemessene Mittel zur Verfügung stehen sollten;	***dass alle Menschen ein heiliges Recht auf Frieden haben, und fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, eine größere Rolle bei Friedensverhandlungen auf globaler Ebene einzunehmen; betont, dass Frauen bei Friedensverhandlungen und der Konfliktlösung einbezogen werden müssen;*** fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, die Arbeit der Vereinten Nationen weiterhin sowohl politisch als auch finanziell zu unterstützen; bekräftigt, dass die EU und ihre Mitgliedstaaten bei den Vereinten Nationen und in anderen multilateralen Foren mit einer Stimme sprechen müssen***; fordert die EU auf, eine vollwertige feministische Außenpolitik zu verfolgen;*** fordert, dass die EU-Delegationen in den multilateralen Foren eine tragendere Rolle spielen, wofür ihnen angemessene Mittel zur Verfügung stehen sollten;

Or. en

Änderungsantrag 9

Entwurf eines Entschließungsantrags
Ziffer 24

Entwurf eines Entschließungsantrags	*Änderungsantrag*
24. weist erneut darauf hin, dass das Recht auf Nahrung, einschließlich des physischen und wirtschaftlichen Zugangs zu angemessener Nahrung oder zu den Mitteln zu ihrer Beschaffung, ein Menschenrecht ist; ist äußerst besorgt über die weltweiten Schwierigkeiten im Zusammenhang mit dem Recht auf Nahrung, insbesondere in Kriegs- und Konfliktsituationen; stellt mit Besorgnis fest, dass sich Berichte darüber mehren, dass Nahrung in bewaffneten Konflikten als Waffe eingesetzt wird; fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, sich im	24. weist erneut darauf hin, dass das Recht auf Nahrung, einschließlich des physischen und wirtschaftlichen Zugangs zu angemessener Nahrung oder zu den Mitteln zu ihrer Beschaffung, ein Menschenrecht ist; ist äußerst besorgt über die weltweiten Schwierigkeiten im Zusammenhang mit dem Recht auf Nahrung, insbesondere in Kriegs- und Konfliktsituationen; stellt mit Besorgnis fest, dass sich Berichte darüber mehren, dass Nahrung in bewaffneten Konflikten als Waffe eingesetzt wird; ***weist darauf hin, dass Frauen und Mädchen von***

Rahmen des Systems der Vereinten Nationen für verbindliche Leitlinien zum diskriminierungsfreien Recht auf Nahrung einzusetzen;	***einem Mangel an Nahrungsmitteln und Wasser besonders stark betroffen sind;*** fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, sich im Rahmen des Systems der Vereinten Nationen für verbindliche Leitlinien zum diskriminierungsfreien Recht auf Nahrung einzusetzen;

Or. en

Änderungsantrag 10

Entwurf eines Entschließungsantrags
Ziffer 25

Entwurf eines Entschließungsantrags	*Änderungsantrag*
25. betont, dass der Klimawandel und seine Auswirkungen auf die Umwelt unmittelbare Auswirkungen darauf haben, inwieweit die Menschenrechte tatsächlich wahrgenommen werden können; würdigt die wichtige Arbeit, die Organisationen der Zivilgesellschaft, indigene Völker, Menschenrechtsverteidiger in den Bereichen Land und Umwelt und indigene Aktivisten für den Schutz einer sauberen, gesunden und nachhaltigen Umwelt leisten; bedauert die Risiken, denen Menschenrechtsverteidiger und indigene Aktivisten im Bereich Umwelt ausgesetzt sind, und fordert, dass dafür gesorgt wird, dass sie wirksam geschützt werden; weist äußerst besorgt auf die zunehmenden Bedrohungen für eine saubere, gesunde und nachhaltige Umwelt hin, die durch den Einsatz von Massenvernichtungswaffen und anderen Formen der Kriegsführung entstehen, die sich negativ und unverhältnismäßig stark auf die Umwelt auswirken;	25. betont, dass der Klimawandel und seine Auswirkungen auf die Umwelt unmittelbare Auswirkungen darauf haben, inwieweit die Menschenrechte tatsächlich wahrgenommen werden können; ***stellt fest, dass Frauen und Mädchen die stärksten Auswirkungen des Klimawandels zu spüren bekommen, der bestehende Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern verstärkt und eine besondere Bedrohung für ihre Lebensgrundlage, Gesundheit und Sicherheit darstellt;*** würdigt die wichtige Arbeit, die Organisationen der Zivilgesellschaft, indigene Völker, Menschenrechtsverteidiger in den Bereichen Land und Umwelt und indigene Aktivisten für den Schutz einer sauberen, gesunden und nachhaltigen Umwelt leisten; bedauert die Risiken, denen Menschenrechtsverteidiger und indigene Aktivisten im Bereich Umwelt ausgesetzt sind, und fordert, dass dafür gesorgt wird, dass sie wirksam geschützt werden; weist äußerst besorgt auf die zunehmenden Bedrohungen für eine saubere, gesunde und nachhaltige Umwelt hin, die durch den Einsatz von Massenvernichtungswaffen

und anderen Formen der Kriegsführung entstehen, die sich negativ und unverhältnismäßig stark auf die Umwelt auswirken;

Or. en

Änderungsantrag 11

Entwurf eines Entschließungsantrags
Ziffer 27

Entwurf eines Entschließungsantrags	*Änderungsantrag*
27. betont, dass die Rechte der Frauen und die Gleichstellung der Geschlechter unverzichtbare und unteilbare Menschenrechte sowie eine Grundlage für Rechtsstaatlichkeit und inklusive resiliente Demokratien sind; bedauert, dass Millionen von Frauen und Mädchen nach wie vor Diskriminierung und Gewalt erfahren, insbesondere im Zusammenhang mit Konflikten, und dass sie ihrer Würde, ihrer Autonomie und sogar ihres Lebens beraubt werden; fordert die EU, ihre Mitgliedstaaten und gleichgesinnte Partner auf, ihre Anstrengungen zu verstärken, um die uneingeschränkte Wahrnehmung und den Schutz der Menschenrechte von Frauen und Mädchen sicherzustellen; verurteilt auf das Schärfste die weltweit zunehmenden Angriffe auf die sexuelle und reproduktive Gesundheit und die damit verbundenen Rechte sowie die weltweite geschlechtsspezifische Gewalt; begrüßt den Beitritt der EU zum Übereinkommen von Istanbul; fordert die EU und ihre internationalen Partner auf, ihre Bemühungen zu verstärken, um dafür zu sorgen, dass Frauen ihre Menschenrechte uneingeschränkt ausüben können, sowie für eine Gleichbehandlung von Männern und Frauen zu sorgen; betont, dass die Bemühungen um die vollständige Abschaffung der Genitalverstümmelung bei Frauen und Mädchen fortgesetzt	***entfällt***

werden müssen;

Or. en

Änderungsantrag 12

Entwurf eines Entschließungsantrags
Ziffer 28

Entwurf eines Entschließungsantrags	*Änderungsantrag*
28. verurteilt die Aushöhlung der Menschenrechte und der Sicherheit von Flüchtlingen, Asylsuchenden und Vertriebenen; bekräftigt, dass sie über unveräußerliche Menschenrechte verfügen und das Grundrecht auf Asyl haben; weist erneut darauf hin, dass Staaten gemäß dem Völkerrecht verpflichtet sind, ihnen Schutz zu gewähren; fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, die Rechte dieser Menschen in der Asyl- und Migrationspolitik der EU und in der Zusammenarbeit der EU mit den Partnerländern in dieser Hinsicht wirksam zu wahren; betont, dass sich die EU stärker darum bemühen sollte, die Ursachen von irregulärer Migration und Vertreibung zu erkennen und Möglichkeiten zu entwickeln, wie diese Phänomene bewältigt werden können, wobei sie die Widerstandsfähigkeit der Herkunftsgemeinschaften von Migranten stärken und ihnen dabei helfen sollte, ihren Mitgliedern ein menschenwürdiges Leben in ***ihrem Heimatland*** zu ***ermöglichen***; fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, ihre Unterstützung für die Länder, die die meisten Flüchtlinge aufnehmen, sowie für die Transitländer weiterzuführen und nach Möglichkeit zu verstärken; bekräftigt, dass die enge Zusammenarbeit mit Drittländern und deren Einbeziehung nach wie vor der Schlüssel sind, die Schleusung von Migranten zu verhüten; betont in diesem Zusammenhang, dass die Verbreitung von Informationen sowie	28. verurteilt die Aushöhlung der Menschenrechte und der Sicherheit von Flüchtlingen, Asylsuchenden und Vertriebenen; bekräftigt, dass sie über unveräußerliche Menschenrechte verfügen und das Grundrecht auf Asyl haben; weist erneut darauf hin, dass Staaten gemäß dem Völkerrecht verpflichtet sind, ihnen Schutz zu gewähren; fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, die Rechte dieser Menschen in der Asyl- und Migrationspolitik der EU und in der Zusammenarbeit der EU mit den Partnerländern in dieser Hinsicht wirksam zu wahren; betont, dass sich die EU stärker darum bemühen sollte, die Ursachen von irregulärer Migration und Vertreibung zu erkennen und Möglichkeiten zu entwickeln, wie diese Phänomene bewältigt werden können, wobei sie die Widerstandsfähigkeit der Herkunftsgemeinschaften von Migranten stärken und ihnen dabei helfen sollte, ihren Mitgliedern ***die Möglichkeit zu bieten,*** ein menschenwürdiges Leben in ***ihren Heimatländern*** zu ***führen; bedauert die zahlreichen dokumentierten Fälle rechtswidriger Push-backs von Flüchtlingen durch die nationalen Strafverfolgungsbehörden der Mitgliedstaaten, EU-Partnerländer und Frontex-Bedienstete; begrüßt den Beitritt der EU zum Übereinkommen von Istanbul, wonach die Vertragsparteien dafür Sorge tragen müssen, dass Frauen, die Opfer von Gewalt geworden sind,***

Sensibilisierungskampagnen über die Gefahren der Schleusung von entscheidender Bedeutung sind; fordert, dass bei den von der EU finanzierten humanitären Maßnahmen die besonderen Bedürfnisse und die besondere Schutzbedürftigkeit von Kindern berücksichtigt werden und ihr Schutz während ihrer Vertreibung gewährleistet wird; hebt hervor, wie wichtig es ist, einen wirksamen Rahmen für sichere und legale Wege in die EU zu entwickeln, und begrüßt in diesem Zusammenhang die Mitteilung der Kommission über die Anwerbung von Fähigkeiten und Talenten für die EU[1], einschließlich der Entwicklung von Talentpartnerschaften mit Partnerländern;	***nicht in ein Land zurückgeführt werden, in dem ihr Leben in Gefahr wäre oder in dem sie einer unmenschlichen oder erniedrigenden Behandlung ausgesetzt wären;*** fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, ihre Unterstützung für die Länder, die die meisten Flüchtlinge aufnehmen, sowie für die Transitländer weiterzuführen und nach Möglichkeit zu verstärken; bekräftigt, dass die enge Zusammenarbeit mit Drittländern und deren Einbeziehung nach wie vor der Schlüssel sind, die Schleusung von Migranten zu verhüten; betont in diesem Zusammenhang, dass die Verbreitung von Informationen sowie Sensibilisierungskampagnen über die Gefahren der Schleusung von entscheidender Bedeutung sind; fordert, dass bei den von der EU finanzierten humanitären Maßnahmen die besonderen Bedürfnisse und die besondere Schutzbedürftigkeit von Kindern berücksichtigt werden und ihr Schutz während ihrer Vertreibung gewährleistet wird; hebt hervor, wie wichtig es ist, einen wirksamen Rahmen für sichere und legale Wege in die EU zu entwickeln, und begrüßt in diesem Zusammenhang die Mitteilung der Kommission über die Anwerbung von Fähigkeiten und Talenten für die EU[2], einschließlich der Entwicklung von Talentpartnerschaften mit Partnerländern;

Or. en

Änderungsantrag 13

Entwurf eines Entschließungsantrags
Ziffer 29

[1] Mitteilung der Kommission vom 27. April 2022 über die Anwerbung von Fähigkeiten und Talenten für die EU (COM(2022)0657).
[2] Mitteilung der Kommission vom 27. April 2022 über die Anwerbung von Fähigkeiten und Talenten für die EU (COM(2022)0657).

Entwurf eines Entschließungsantrags	*Änderungsantrag*
29. bedauert die weltweit erfolgenden Menschenrechtsverletzungen***,*** ***einschließlich der Diskriminierung, Verfolgung, Gewalt und Tötung,*** von lesbischen, schwulen, bisexuellen, transsexuellen, nichtbinären, intersexuellen und queeren Personen (LGBTIQ+-Personen); ist äußerst besorgt über die Verbreitung von Hass und Anti-LGBTIQ+-Narrativen und -Gesetzen, die sich gegen LGBTIQ+-Personen und Menschenrechtsverteidiger richten; bekräftigt seine Forderung nach einer vollständigen Durchsetzung der Strategie für die Gleichstellung von LGBTIQ-Personen für den Zeitraum 2020-2025 als Instrument der EU zur Verbesserung der Situation von LGBTIQ+-Personen weltweit;	29. bedauert die weltweit ***zunehmend*** erfolgenden Menschenrechtsverletzungen ***und Hassverbrechen*** gegen lesbische, schwule, bisexuelle, transsexuelle, nichtbinäre, intersexuelle und queere Personen (LGBTIQ+-Personen)***,*** ***einschließlich der Diskriminierung, Verfolgung, Gewalt und Tötung***; ist äußerst besorgt über die Verbreitung von Hass und Anti-LGBTIQ+-Narrativen und -Gesetzen, die sich gegen LGBTIQ+-Personen und Menschenrechtsverteidiger richten; bekräftigt seine Forderung nach einer vollständigen Durchsetzung der Strategie für die Gleichstellung von LGBTIQ-Personen für den Zeitraum 2020-2025 als Instrument der EU zur Verbesserung der Situation von LGBTIQ+-Personen weltweit;

Or. en

Änderungsantrag 14

Entwurf eines Entschließungsantrags
Ziffer 30

Entwurf eines Entschließungsantrags	*Änderungsantrag*
30. ist besorgt über die Schwierigkeiten im Zusammenhang mit der uneingeschränkten Wahrnehmung der Rechte von Menschen mit Behinderungen; bekräftigt seine Aufforderung an die EU, den Partnerländern bei der Entwicklung von Maßnahmen zur Unterstützung von Personen, die Menschen mit Behinderungen betreuen und pflegen, unter die Arme zu greifen; fordert die EU auf, in ihrer Außenpolitik die Strategie für die Rechte von Menschen mit Behinderungen 2021-2030 als Instrument zur Verbesserung der Situation von Menschen mit Behinderungen zu nutzen,	30. ist besorgt über die Schwierigkeiten im Zusammenhang mit der uneingeschränkten Wahrnehmung der Rechte von Menschen mit Behinderungen; bekräftigt seine Aufforderung an die EU, den Partnerländern bei der Entwicklung von Maßnahmen zur Unterstützung von Personen, die Menschen mit Behinderungen betreuen und pflegen, unter die Arme zu greifen; fordert die EU auf, in ihrer Außenpolitik die Strategie für die Rechte von Menschen mit Behinderungen 2021-2030 als Instrument zur Verbesserung der Situation von Menschen mit Behinderungen zu nutzen,

insbesondere im Zusammenhang mit Armut und ***Diskriminierung***, aber auch mit Problemen beim Zugang zu Bildung, Gesundheitsversorgung und Beschäftigung sowie bei der Teilnahme am politischen Leben;	insbesondere im Zusammenhang mit Armut***, Diskriminierung, Zwangssterilisationen*** und ***-abtreibungen***, aber auch mit Problemen beim Zugang zu Bildung, Gesundheitsversorgung und Beschäftigung sowie bei der Teilnahme am politischen Leben; ***fordert alle Mitgliedstaaten auf, die Praxis der Zwangssterilisation von Frauen und Mädchen mit Behinderungen unter Strafe zu stellen;***
	Or. en

Änderungsantrag 15

Entwurf eines Entschließungsantrags
Ziffer 41

Entwurf eines Entschließungsantrags	*Änderungsantrag*
41. betont, dass Kleinstunternehmen sowie kleine und mittlere Unternehmen (KKMU) in vielen Regionen der Welt oftmals Motor der lokalen Wirtschaft sind; hebt hervor, dass weltweit 90 % der Unternehmen KKMU sind und dass 60 bis 70 % der Arbeitsplätze und 50 % des Bruttoinlandsprodukts auf sie entfallen; betont, wie wichtig der Beitrag ist, den KKMU zur Agenda 2030 und zur Verwirklichung der Ziele für nachhaltige Entwicklung leisten, insbesondere der Ziele in Bezug auf die Beseitigung der Armut und menschenwürdige Arbeit für alle;	41. betont, dass Kleinstunternehmen sowie kleine und mittlere Unternehmen (KKMU) in vielen Regionen der Welt oftmals Motor der lokalen Wirtschaft sind; hebt hervor, dass weltweit 90 % der Unternehmen KKMU sind und dass 60 bis 70 % der Arbeitsplätze und 50 % des Bruttoinlandsprodukts auf sie entfallen; betont, wie wichtig der Beitrag ist, den KKMU zur Agenda 2030 und zur Verwirklichung der Ziele für nachhaltige Entwicklung leisten, insbesondere der Ziele in Bezug auf die Beseitigung der Armut und menschenwürdige Arbeit für alle; ***hebt die besonderen Auswirkungen des Welthandels auf kleine, von Frauen geführte Unternehmen hervor und weist darauf hin, dass das Geschlechtergefälle beim Zugang von KMU zu Finanzmitteln weltweit angegangen werden muss;***
	Or. en

Änderungsantrag 16

Entwurf eines Entschließungsantrags
Ziffer 42

Entwurf eines Entschließungsantrags	*Änderungsantrag*
42. ist besorgt angesichts der Bedrohung, die künstliche Intelligenz (KI) für Demokratien und die Menschenrechte darstellen kann, insbesondere wenn sie nicht ordnungsgemäß geregelt ist; begrüßt die Schlussfolgerungen des Rates zur digitalen Diplomatie vom 26. Juni 2023, mit der die Bedeutung und die Führungsrolle der EU für die digitale Weltordnungspolitik gestärkt werden sollen, insbesondere ihre Stellung als Gestalterin des globalen digitalen Regelwerks; begrüßt in diesem Zusammenhang die Verabschiedung des EU-Gesetzes über künstliche Intelligenz, mit dem die Rechtsvorschriften über KI zum Schutz der Menschenrechte harmonisiert werden sollen, sowie den Nutzen, den KI für das menschliche Wohlergehen haben kann; weist mit Besorgnis auf die negativen Auswirkungen der „Industrie der gefälschten Inhalte“ auf das Recht auf Information und die Pressefreiheit hin, einschließlich der rasanten Entwicklung im Bereich der KI und des daraus resultierenden weiteren Erstarkens der Desinformationsindustrie;	42. ist besorgt angesichts der Bedrohung, die künstliche Intelligenz (KI) für Demokratien und die Menschenrechte darstellen kann, insbesondere wenn sie nicht ordnungsgemäß geregelt ist; ***hebt das ausdrückliche Risiko der Voreingenommenheit, insbesondere in Bezug auf das soziale Geschlecht, beim maschinellen Lernen und bei der generativen KI, hervor;*** begrüßt die Schlussfolgerungen des Rates zur digitalen Diplomatie vom 26. Juni 2023, mit der die Bedeutung und die Führungsrolle der EU für die digitale Weltordnungspolitik gestärkt werden sollen, insbesondere ihre Stellung als Gestalterin des globalen digitalen Regelwerks; begrüßt in diesem Zusammenhang die Verabschiedung des EU-Gesetzes über künstliche Intelligenz, mit dem die Rechtsvorschriften über KI zum Schutz der Menschenrechte harmonisiert werden sollen, sowie den Nutzen, den KI für das menschliche Wohlergehen haben kann; weist mit Besorgnis auf die negativen Auswirkungen der „Industrie der gefälschten Inhalte“ auf das Recht auf Information und die Pressefreiheit hin, einschließlich der rasanten Entwicklung im Bereich der KI und des daraus resultierenden weiteren Erstarkens der Desinformationsindustrie;

Or. en

Änderungsantrag 17

Entwurf eines Entschließungsantrags
Ziffer 43

Entwurf eines Entschließungsantrags	*Änderungsantrag*
43. betont, dass das Internet ein Ort sein sollte, an dem Meinungsfreiheit herrscht; ist jedoch der Auffassung, dass auch die Rechte des bzw. der Einzelnen geachtet werden müssen; ist der Ansicht, dass das, was offline als rechtswidrig erachtet wird, auch online als rechtswidrig erachtet werden sollte; ist besorgt über die zunehmende Zahl von Internetabschaltungen; betont, dass Internetabschaltungen häufig unter anderem von autoritären Regimen genutzt werden, um Regimekritiker zum Schweigen zu bringen und die politische Freiheit einzuschränken; fordert die EU nachdrücklich auf, gegen dieses alarmierende Phänomen vorzugehen;	43. betont, dass das Internet ein Ort sein sollte, an dem Meinungsfreiheit herrscht; ist jedoch der Auffassung, dass auch die Rechte des bzw. der Einzelnen geachtet werden müssen; ist der Ansicht, dass das, was offline als rechtswidrig erachtet wird, auch online als rechtswidrig erachtet werden sollte; ***betont, dass Frauen in unverhältnismäßig hohem Maße von Gewalt, Missbrauch und Cybermobbing betroffen sind;*** ist besorgt über die zunehmende Zahl von Internetabschaltungen; betont, dass Internetabschaltungen häufig unter anderem von autoritären Regimen genutzt werden, um Regimekritiker zum Schweigen zu bringen und die politische Freiheit einzuschränken; fordert die EU nachdrücklich auf, gegen dieses alarmierende Phänomen vorzugehen;

Or. en

ANLAGE: EINRICHTUNGEN ODER PERSONEN, VON DENEN DIE VERFASSERIN DER STELLUNGNAHME BEITRÄGE ERHALTEN HAT

Die Vorsitzende in ihrer Eigenschaft als Verfasserin der Stellungnahme erklärt unter ihrer ausschließlichen Verantwortung, dass sie keine Beiträge von Einrichtungen oder Personen erhalten hat, die gemäß Anlage I Artikel 8 der Geschäftsordnung in dieser Anlage aufgeführt werden müssen.